

**Aussprache zum
Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans
von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017**

Stuttgart, Landtag, 21. Dezember 2016

**Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden
Andreas Stoch MdL**

„Tricksen, Tarnen, Täuschen“ bei vollen Kassen

**Geheimabreden und Sparmanöver
zu Lasten von Kommunen und Bildung**

LANDTAGS-
FRAKTION



Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“ (Ferdinand Lassalle, 1863)

Gehen wir also getreu dieser politischen Weisheit gleich in medias res und beginnen damit zu sagen, was ist. Frau Finanzministerin, Sie haben bei der Einbringung Ihres ersten Haushalts die finanzpolitische Herausforderung beschrieben, vor der wir alle stehen. Sie haben von einem strukturellen Defizit in Höhe von 2,8 Mrd. Euro gesprochen, für 2020, gemäß der Mittelfristigen Finanzplanung der alten Landesregierung, die ziemlich genau ein Jahr alt ist. Eine Finanzplanung, die von anhaltend hohen Flüchtlingszahlen ausgeht und hierfür zwei Milliarden Euro vorsieht. Eine Finanzplanung auf der Basis der Steuerschätzung vom November 2015. Eine Finanzplanung, die auf dieser Basis für 2018 ein Defizit von 2,3 Mrd. Euro und für 2020 in der Tat ein Defizit von 2,8 Mrd. sieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Zahlen haben nichts, aber auch gar nichts mit der Wirklichkeit im Dezember 2016 zu tun. Bei den Flüchtlingen haben wir einen deutlichen Rückgang. Wir wissen heute, dass wir hier mindestens eine Mrd. Euro weniger Geld brauchen. Bei den Steuereinnahmen zeigt die aktuelle Steuerschätzung Mehreinnahmen von durchschnittlich 1,1 Mrd. Euro pro Jahr, und zwar netto, also nach Länderfinanzausgleich und nach kommunalem Finanzausgleich. Auch die Zinsausgaben fallen wesentlich niedriger aus.

Hinzu kommt, dass wir seit zehn Jahren immer, in jedem Jahr, einen kassenmäßigen Jahresüberschuss ausweisen konnten. Die Istzahlen liegen also in jedem Jahr deutlich besser als die Sollzahlen. Hier geht es im Durchschnitt um einen Betrag von einer Mrd. Euro, so die Angaben des Rechnungshofs in seiner aktuellen Denkschrift. Im letzten Jahr, im Haushaltsjahr 2015 waren das immerhin 1,6 Mrd. Euro, und auch in diesem Jahr wird es ein hoher Überschuss sein, über den wir uns alle gemeinsam freuen können.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, „alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“ Sagen wir, was ist:

Nach fünf Jahren SPD-Finanzpolitik in der Regierung gibt es keine Deckungslücke mehr im Haushalt des Landes Baden-Württemberg – und das ist doch gut

so – freuen wir uns doch darüber! Wie hatten Sie es formuliert, Frau Ministerin? Baden-Württemberg ist ein starkes Land – ja, genau so ist es. Baden-Württemberg steht finanziell so gut da wie seit vielen, vielen Jahren nicht mehr!

Baden-Württemberg steht nach fünf Jahren SPD-Finanzpolitik so gut da, dass wir in dieser Legislaturperiode Schulden tilgen und zugleich den Sanierungsstau abbauen können.

Was für ein Erfolg – sicher: wir sollten uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Es gibt Risiken: die Zinsen könnten steigen, die Konjunktur kann an Fahrt verlieren, es können auch wieder mehr Flüchtlinge Schutz in unserem Land suchen. Aber mit finanziellen Reserven von 4,4 Mrd. Euro Ende 2015 und über 3 Mrd. Euro Ende dieses Jahres sind wir auch dafür gut gewappnet.

Ich kann Ihnen daher nur dazu raten: Erzählen Sie den Menschen nicht weiter Ihr Märchen von der strukturellen Deckungslücke! Dann brauchen Sie den Menschen auch nicht das Märchen zu erzählen, dass diese Landesregierung aus eigenen Verdiensten einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt!

Frau Finanzministerin, Sie sagen nicht, was ist, weil es Ihnen in erster Linie um Politinszenierung und nicht um Politik für sozialen Fortschritt im Alltag der Menschen geht. Sie wollen als harte Saniererin gesehen werden. **Sie brauchen eine grüne Dramaturgie, um Ihre Macht zu erhalten. In dieser Dramaturgie spielt das gemeine Wohl unseres Landes nur eine Nebenrolle.** Sie wollen Druck machen auf andere, wie zum Beispiel die Städte und Gemeinden, damit Sie bei diesen leichter kürzen können.

Vielleicht gehört das ja zum kleingeistigen Teil des politischen Geschäfts einer Finanzministerin dazu. Ich weiß es nicht. Ich halte es da eher mit Ferdinand Lassalle: „alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“ Und das findet sich in der Haushaltsordnung ja auch wieder. Dort ist von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit die Rede. Bei Ihnen müsste es vielleicht eher heißen „Tricksen, tarnen täuschen.“

Tricksen, Tarnen, Täuschen: 2,8 Mrd., 370 Mio., § 18 LHO

Das erste Täuschungsmanöver zum strukturellen Defizit habe ich bereits beschrieben. Sie behaupten, es gebe ein strukturelles Defizit von 2,8 Mrd. Euro, obwohl Sie

wissen, dass diese Zahl völlig veraltet ist. Kommen wir zur zweiten Täuschung, vielleicht geht es hier auch eher ums Tarnen. Entscheiden Sie selbst, meine Damen und Herren.

Frau Ministerin, Sie sprechen davon, dass Sie wegen der angeblichen Deckungslücke konsolidieren müssen. Alle Ressorts müssten einen Beitrag leisten. Das haben Sie im Juli bei den Eckpunktebeschlüssen verkündet, 370 Mio. Euro, strukturell, jedes Ressort. Im Oktober verkünden Sie Vollzug. In Ihrer Pressemitteilung vom 25. Oktober heißt es: *„In den Ressorts werden im kommenden Jahr 370 Mio. Euro strukturell eingespart.“* In der letzten Woche haben Sie hier im Parlament von intensiven Verhandlungen mit ihren Kabinettskolleginnen und –kollegen gesprochen.

Ja, es gibt echte strukturelle Einsparungen: bei der Bildung haben Sie gekürzt. Im Bildungsetat werden Lehrerstellen gestrichen, und im Wissenschaftsbereich wollen Sie im weltoffenen Baden-Württemberg ausländische Studierende abkassieren.

Wie ist es aber mit den 370 Mio. Euro genau? Mein Kollege Peter Hofelich wollte das genauer wissen und hat hierzu eine Anfrage an das Ministerium gestellt. Er hat bereits Ende November die simple Frage gestellt, in welchen Ressorts und auf welche Weise strukturell 370 Mio. Euro eingespart werden sollen. Das Ergebnis der Anfrage ist ein Treppenwitz: die Landesregierung bittet allen Ernstes um eine Verlängerung der üblichen dreiwöchigen Antwortfrist. Das Finanzministerium brauche nicht drei und nicht vier, nein, acht Wochen Zeit, um dem Parlament zu sagen, wie das eigentlich tatsächlich ist, mit dem, was seit Juli öffentlich verkündet wird.

Frau Ministerin, dieses doch etwas dreiste Ersuchen einer Fristverlängerung zeigt, dass es Ihnen um Politmarketing und nicht um Politik geht. Jetzt haben Sie uns dann doch noch Ihre Liste zugeschickt, und da ist mir dann auch klar geworden, warum Sie nicht wollten, dass das zu früh öffentlich wird.

Ich nenne nur ein paar wenige Beispiele:

- -86 Mio. Euro bei den Zinsausgaben: Die passen Sie einfach nur an die Realität an – wow!;
- 45 Mio. Euro kürzen Sie bei der Förderung der Kleinkindbetreuung im FAG – aber kürzen Sie diese Mittel tatsächlich? Der Sollansatz steigt von 795 Mio.

Euro in 2016 immer noch auf 810 Mio. Euro in 2017. Wahrscheinlich passen Sie auch hier einfach nur erfundene Planansätze an die Realität an;

- 14 Mio. Euro holen Sie angeblich bei Energiebewirtschaftungskosten, die Sie in 2017 mit 110 Mio. veranschlagen, obwohl es in 2015 nur 93 Mio. waren;
- und ansonsten die üblichen Verdächtigen: 74 Mio. Euro globale Minderausgaben in sechs Ressorts.

Machen wir einen Strich drunter, Frau Ministerin: das sind keine strukturellen Einsparungen. Das ist im besten Falle Bilanzkosmetik. Sie versuchen das Parlament und die Öffentlichkeit auszutricksen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

Die größte Trickserei ist Ihnen dann ausgerechnet bei der Schuldenbremse eingefallen, die es ja heute schon gibt. Viele haben das vielleicht noch gar nicht gemerkt - ich denke dabei vor allem an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie haben unsere Novellierung der Landeshaushaltsordnung im Jahr 2012 ja noch als zu lasch kritisiert. Fast die gleichen Kolleginnen und Kollegen, die heute überhaupt kein Problem damit haben, die Haushaltsordnung zu umgehen und die gesetzlich vorgeschriebene Tilgung von Kreditmarktschulden einfach ausfallen zu lassen.

Herr Ministerpräsident, ich halte das, was Sie mit der Änderung der Verwaltungsvorschrift zu diesem § 18 LHO gemacht haben, für einen kapitalen finanzpolitischen Fehler mit nachhaltiger Wirkung. Ausgerechnet Sie und ausgerechnet gemeinsam mit der CDU bieten Sie den Varoufakis dieser Welt den First-Class-Ausstieg aus der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Ausgerechnet Sie und ausgerechnet gemeinsam mit der CDU verabschieden Sie sich von dem vor vier Jahren gemeinsam formulierten Grundgedanken: neue Schulden sind dann in Ordnung, wenn wir uns in einer Rezession befinden. diese Schulden müssen aber dann getilgt werden, wenn der Laden wieder läuft und die Steuereinnahmen sprudeln, wie sie es heute tun.

Konkret heißt das heute: Weil die Steuern heute so sprudeln wie sie sprudeln, schreibt uns § 18 der Landeshaushaltsordnung vor, dass wir Schulden tilgen müssen, und zwar dreihundert Mio. Euro. Herr Hauk, Sie haben damals im Landtag kritisiert, dass Grün-Rot mit seiner Regelung den Weg zur grundgesetzlichen Schuldenbremse lieber gemütlich gehen wolle. Ihnen war das alles zu lasch, weil in der Tat bis

heute noch eine geringfügige Nettokreditaufnahme erlaubt war. Sie wollten damals schon, wo der § 18 noch gar nicht gezogen hat, Schulden tilgen. Sie haben auf andere Bundesländer verwiesen, die das schon machen. Sie haben die CDU als Erfinderin der Schuldenbremse bezeichnet. *(Protokoll der 50. Sitzung vom 14.11.2012)*

Der Ihrer Ansicht nach viel zu lasche § 18 LHO gibt jetzt erstmals gesetzlich vor, dass in 2017 rund 300 Mio. Euro Schulden zu tilgen sind. Was machen Sie jetzt? Keinen müden Euro Schulden tilgen Sie, Herr Hauk, Herr Reinhart. Wo ist die CDU denn jetzt? Die CDU, die sich noch vor kurzem als Erfinder der Schuldenbremse gesehen hat? Jetzt, wo es ernst wird, schlagen Sie sich in die Büsche. Okay, Herr Hauk, Sie kriegen laut Geheimabsprache 20 Mio. Euro mehr fürs ELR. Aber lassen sich die Erfinder der Schuldenbremse mit so wenig Schweigegeld mundtot machen?

Nein, es kommt ja noch besser. Die Erfinder der Schuldenbremse tilgen nicht nur keine Schulden, selbst, wenn die Steuereinnahmen so hoch sind, dass wir gesetzlich dazu verpflichtet sind, Schulden zu tilgen. Nein, damit Ihr rechtswidriges Verhalten überhaupt möglich wird, tricksen Sie bei der Verwaltungsvorschrift zu § 18 und deklarieren zum Beispiel 123 Mio. Euro, die Sie für auflaufende Verluste bei der Neckarpri zurücklegen, als Schuldentilgung. Sie bezeichnen das dann als Tilgung „impliziter Schulden“. **Wir erinnern uns, der EnBW-Deal von CDU und FDP, das Geschäft der schwäbischen Hausfrau, – das Stopfen von schwarzen Löchern als Schuldentilgung zu bezeichnen. Grotesk!**

Geheimabsprachen und Kommunen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum letzten Tarn- und Täuschungsmanöver kommen, den Geheimabsprachen von Grünen und CDU. Weil Ihre Politinszenierung ja glaubwürdig sein soll, erklären Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung machtvoll öffentlich gleich zu Beginn: *„Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt.“*

Am gleichen Tag, an dem Sie das öffentlich auf einer Pressekonferenz präsentieren, unterschreiben Sie, Herr Ministerpräsident, und ein paar wenige Auserwählte eine geheime Zusatzvereinbarung, und dort heißt es im ersten Satz: *„Es wird in der Ne-*

benabrede eine Liste mit vom Haushaltsvorbehalt ausgenommenen Mehrbedarfen beigefügt.“

Und dann kommen strukturelle Mehrausgaben von 754 Mio. Euro. Zusammen mit dem, was Sie sich im dritten Nachtrag gegönnt haben, landen wir bei strukturellen Mehrausgaben von 800 Mio. Euro.

Wie passt denn das mit dem angeblichen strukturellen Defizit von 2,8 Mrd. Euro zusammen? Wenn die Lage tatsächlich so dramatisch ist, wie Sie sie darstellen, Frau Ministerin: wie können Sie es dann verantworten, solche Mehrausgaben zu vereinbaren? Das passt doch überhaupt nicht zusammen.

Vielleicht ja aber gerade doch. Denn in Wahrheit wissen Sie ja, dass die strukturelle Deckungslücke längst geschlossen ist. Sie brauchen aber zusätzliches Geld, um strukturelle Mehrausgaben von 800 Mio. Euro zu finanzieren, und dieses Geld muss irgendwo herkommen. Bei der Bildung holen Sie sich die ersten 70 Mio. Euro.

Als Nächstes sind die Kommunen dran, und auch hier wird die Öffentlichkeit getäuscht. Sie reden von 200 Mio. Euro. Es sind aber 321 Mio. Euro, die Sie dort kürzen. Der Entwurf des neuen Finanzausgleichsgesetzes liegt ja jetzt vor. Er steht heute auf der Tagesordnung. Lesen Sie es nach: Die Kürzungen zu Lasten der Kommunen – über die sog. Vorwegentnahme – sollen nach dem Willen von Grünen und CDU mit 861 Mio. Euro einen Rekordwert erreichen. Ein Wert, der um 321 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2016 liegt (540 Mio. Euro). 321 Mio. Euro – das sind fast 30 Euro pro Einwohner.

Frau Ministerin, Sie behaupten, die Kommunen bekämen vom Land aber 160 Mio. Euro für die Integrationsarbeit vor Ort. Auch das ist falsch. 70 Mio. Euro gibt es, in der Tat, vom Sozialministerium, aber nur auf Antrag. Und diese 70 Mio. Euro stammen auch nicht vom Land. Sie kommen vom Bund. Und der Bund gibt dem Land nicht nur 70 Mio. Euro, sondern sogar 200 Mio. Euro.

Und die verbliebenen 90 Mio. Euro der verkündeten 160 Mio.? Die kommen auch nicht vom Land. Die kommen von den Kommunen selbst! Die werden aus der allge-

meinen Finanzausgleichsmasse der Kommunen entnommen, um sie dann nach Flüchtlingszahlen zu verteilen und nicht nach Finanzkraft. Es handelt sich hier nur um eine andere Verteilung kommunalen Geldes, nicht um zusätzliche Mittel vom Land.

Also auch hier wird getrickst, getarnt und getäuscht, zu Lasten von Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich von den Städten, Gemeinden und den Landkreisen unseres Landes spreche, dann spreche ich von dem, was unser Land im Kern ausmacht. Baden-Württemberg ist wie kaum ein anderes Bundesland seit Jahrhunderten geprägt von selbstbewussten starken Städten und Gemeinden. Viele von ihnen waren früher einmal freie Reichstädte, mit einer Bürgerschaft, die Verantwortung übernimmt für ihr Gemeinwesen. Heute sind wir stolz auf die Flächenstärke von Baden-Württemberg, die Sie mit Ihrer Politik riskieren. Auch in den kleineren Gemeinden wird sozialer Zusammenhalt gelebt. Und wir alle wissen es: Wenn es um die Lösung der großen Aufgaben geht, wenn es um das Organisieren des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft geht, dann sind gerade und insbesondere unsere Städte und Gemeinden und unsere Landkreise gefordert.

Herr Ministerpräsident, auf Bundesebene verstehen Sie sich als Verfechter der föderalen Staatsordnung. Sie wettern gegen goldene Zügel und wollten noch nicht einmal Geld des Bundes für marode Schulgebäude annehmen. **Herr Ministerpräsident, das passt doch hinten und vorne nicht zusammen mit dem, was Sie in Ihrem eigenen Bundesland machen!**

Sie betrachten doch die Kommunen nicht als Gesprächspartner auf Augenhöhe, wenn Sie Ihnen sagen, gekürzt wird auf jeden Fall; Ihr dürft jetzt nur noch mitreden, wie gekürzt wird. Ihr Blick auf die Kommunen ist ja auch ein Zerrbild sondergleichen. Sie haben zum Beispiel noch nicht verstanden, dass die Kommunen zwar bei den Einnahmen gut dastehen, ihnen aber die *Ausgaben* davon galoppieren. Wenn Sie Finanzierungssalden von Land und Kommunen vergleichen, blenden Sie völlig aus, dass die kommunalen Haushalte von den Regierungspräsidien genehmigt werden müssen.

Die politischen Rahmenbedingungen sind also überhaupt nicht vergleichbar zwischen Land und Kommunen. **Zumindest die Grünen in der Landesregierung sind meilenweit von der kommunalen Wirklichkeit entfernt. Es ist kein Zufall, dass der Freiburger Oberbürgermeister als einer der Wenigen selbstbewussten Kommunalen über die Arbeit der Landesregierung entsetzt ist.**

Die Kommunalpartei SPD hat dafür gesorgt, dass die Leistungen des Landes an die Kommunen um 70 Prozent ausgeweitet wurden. Die Vorwegentnahme wurde kontinuierlich abgebaut: von 708 Mio. Euro in 2011 auf 540 Mio. Euro in 2016. Grün-Schwarz hat diesen kommunalfreundlichen Kurs der vergangenen Jahre verlassen: jetzt wird die Vorwegentnahme auf 861 Mio. Euro erhöht. **Grün-Schwarz finanziert seine Mehrausgaben mit Kürzungen bei Städten, Gemeinden und Landkreisen - und das ist der völlig falsche Weg für Baden-Württemberg!**

Ihr kommunalfeindlicher Kurs ist nicht nur deshalb falsch, weil er nicht zum Baden-Württemberg der Städte und Gemeinden passt, meine Damen und Herren bei CDU und Grünen. Ihr kommunalfeindlicher Kurs ist auch deshalb falsch, weil der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft in den Städten und Gemeinden entsteht oder eben nicht entsteht. Sozialer Zusammenhalt entsteht doch nicht, wenn sich Winfried Kretschmann und Thomas Strobl gut verstehen – was Ihnen ohnehin kein Mensch abnimmt!

Sozialer Zusammenhalt entsteht, wenn

... in Schnaitheim Arbeitersiedlungen saniert werden und die Mieten nach der Modernisierung noch bezahlbar bleiben, weil Stadt, Land und der Bund Geld dazu geben!

... die Stadt Mannheim Kulturprojekte für gelingende soziale Integration von Migranten bereitstellt

... sich die Gemeinden wieder Schulsozialarbeiter leisten können.

Deshalb setzen wir Sozialdemokraten uns für starke Städte und Gemeinden ein. Deshalb ist es so wichtig, dass die SPD in Berlin 5 Mrd. Euro für die Kommunen durchgesetzt hat. Von diesem Paket profitieren unsere Städte und Gemeinden und unsere Landkreise in Baden-Württemberg ab 2018 mit rd. 600 Mio. Euro.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und Grünen konterkarieren diese Politik, indem Sie den Kommunen einen großen Teil dieser Entlastung wieder wegnehmen. **Das ist der falsche Weg – wir sollten gerade jetzt unsere Städte und Gemeinden stärken und nicht schwächen!**

SPD-Schwerpunkte: Bildung, Arbeitnehmer, Verkehr, Wohnen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es macht eben doch einen Unterschied, ob die SPD regiert oder ob sie nicht regiert. Bei den Kommunen ist der Unterschied sehr genau zu benennen. Wir haben die Vorwegentnahme um 90 Mio. Euro reduziert, CDU und Grüne erhöhen sie um 321 Mio. Euro. Das sind jedes Jahr über 400 Mio. Euro – ein deutlicher Unterschied!

Auch in der Bildungspolitik macht es einen Unterschied, ob die SPD regiert oder ob sie nicht regiert. Das Damoklesschwert des massiven Stellenabbaus hängt ja über dem Schulbereich, spätestens seit Winfried Kretschmann das Streichen von 11.600 Lehrerstellen verkündet hat.

Die SPD konnte hier das Schlimmste verhindern. Ihnen, Frau Eisenmann, ist das leider nicht mehr gelungen. 1.074 Lehrerstellen werden gestrichen, obwohl die Schülerzahlen weiter steigen. Eine völlig falsche Weichenstellung. Der Unterrichtsausfall wird wieder zunehmen. Und die Qualität im Unterricht werden Sie mit weniger Lehrern bei mehr Schülern nicht anheben oder auch nur halten können, Frau Ministerin.

Gestatten Sie mir hier auch noch einen kleinen Nachklapp zu unserer Debatte in Sachen Stellenstreichungen. Sie, Frau Eisenmann, haben ja die Mittelfristige Finanzplanung bemüht. Und Sie haben beklagt, dass da nicht alles drin stand, was eigentlich hätte drin stehen sollen. Sorry, aber da haben Sie etwas falsch verstanden.

Um es Ihnen vielleicht einfacher zu machen, darf ich ein Bild aus dem Fußball verwenden. Manche von Ihnen kennen vielleicht den Satz von Alfred Preißler (früherer Trainer von Rot-Weiß Oberhausen): „*Grau ist alle Theorie - entscheidend ist auf'm Platz!*“ Der Platz, Frau Eisenmann, sind die Haushaltsberatungen. Da entscheidet es sich, was für die Bildung getan wird und was nicht. Die Mittelfristige Finanzplanung

ist im Gegensatz dazu nur graue Theorie. Hier werden zum Beispiel nur Investitionen berücksichtigt, die im letzten Nachtragsetat bereits beschlossen wurden. Das trifft für vieles nicht zu. Deshalb, Frau Ministerin: Entscheidend ist auf'm Platz!

Und auf diesem Platz haben Sie leider nicht so viel erreicht. Lassen Sie es mich so sagen: Als Sie eingewechselt wurden, stand es 2:0 für das Bildungsteam gegen den Ministerpräsidenten. Die von Ihnen jetzt so gefeierten zusätzlichen Stellen, wohlge-merkt für zusätzliche Aufgaben, waren ja schon längst vereinbart: das grün-rote Ka-binett hatte die Stellen für die zusätzlichen Stunden für Deutsch und Mathe in der Grundschule, die Inklusion oder den Ganzttag ja schon beschlossen. Diese Tore konnte Ihnen eigentlich niemand mehr nehmen.

So, und jetzt kommen Sie auf den Platz. Die Haushaltsgespräche laufen, und Sie kassieren ein Tor nach dem anderen: insgesamt 1.074 Stellen werden im Kultusres-sort gestrichen, um eine Deckungslücke zu schließen, die es gar nicht gibt. Es steht nur noch 2:1. Von den 320 neuen Stellen für die Grundschulen, die schon längst be-schlossen wurden, wird die Hälfte wieder gestrichen. Mist – Ausgleich der Finanzer, es steht 2:2. Und in der letzten Woche haben wir erfahren, dass von der Informatik-Offensive, die der Ministerpräsident noch im November letzten Jahres groß verkün-det hatte, fast nichts mehr übrig bleibt. Das Spiel ist fast aus, und Sie liegen jetzt hin-ten, denn es steht 2:3. Die Finanzer werden wohl gewinnen.

Es geht in die Nachspielzeit. Die geht noch bis zur dritten Lesung, meine Damen und Herren. **Ich kann Ihnen nur empfehlen: stimmen Sie den Änderungsanträgen der Bildungsmannschaft der SPD zu. Baden-Württemberg bleibt auch in Zu-kunft nur stark, wenn wir in die Bildung mehr, und nicht weniger investieren!**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch für das weltoffene Wissenschaftsland Baden-Württemberg macht es einen Unterschied, ob die SPD regiert oder nicht. Grüne und CDU wollen Geld von ausländischen Studierenden kassieren. So eine Art Bauer-Maut an den Hochschulen. **Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der grünen Fraktion: vielleicht können Sie mir mal in einer ruhigen Minute erklären, wie die Bauer-Maut an den Hochschulen zu Ihren Bekenntnissen für ein weltof-fenes Baden-Württemberg passt?**

Wir Sozialdemokraten verstehen Baden-Württemberg als weltoffenes Bundesland, mit starken Städten und Gemeinden, in denen der soziale Zusammenhalt in kommunaler Selbstverwaltung gelebt wird. Die Zukunft unseres Landes liegt in den besten Bildungschancen, die wir allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kitas, Schulen und Hochschulen, aber auch in der dualen Ausbildung bieten können.

Baden-Württemberg ist aus unserer sozialdemokratischen Sicht auch deshalb ein starkes Land, weil hoch motivierte und bestens ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer DAS Kapital unserer Wirtschaft sind. Sind diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Haushaltsrede der Finanzministerin überhaupt nur einmal vorgekommen? Ich kann mich zumindest nicht erinnern.

Und auch das ist kein Wunder. Sie haben ja nichts Besseres zu tun als ausgerechnet jetzt, wo zum Beispiel die Automobilindustrie in einer Umbruchphase steckt, die sich gewaschen hat, das Recht auf Weiterbildung in Frage zu stellen. Was für eine Fehleinschätzung – und was für eine Ignoranz gegenüber den Gewerkschaften, gegenüber vielen Betriebsräten, ja gegenüber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land. **Wir brauchen doch gerade heute mehr Weiterbildung und nicht weniger.** Mit künstlicher Intelligenz allein werden wir Baden-Württemberg nicht in eine gute Zukunft führen. Wir brauchen und wir wollen schon auch noch Menschen, die im realen Wirtschaftsleben ihr Bestes geben. Dafür müssen sie bestens ausgebildet sein und dafür haben sie die besten Chancen auf Weiterbildung verdient, gerade um dem digitalen Zeitalter gewachsen zu sein. Die Gestaltung der Arbeitswelt muss DAS Top-Thema für jede baden-württembergische Landesregierung sein – Sie haben das noch nicht erkannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Basis unseres Wohlstands ist auch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Wir haben deshalb in unserer Regierungszeit mit dafür gesorgt, dass die Mittel für den Straßenerhalt deutlich angehoben wurden. Wir haben das noch zu Oppositionszeiten zum Thema gemacht und haben die Erhaltungsmittel bei den Landesstraßen auf 120 Mio. Euro erhöht. Die lagen zu schwarzgelben Zeiten noch im Schnitt bei 40 Mio. Euro. Wir haben also die Mittel verdreifacht, gemeinsam mit den grünen Kolleginnen und Kollegen haben wir das gemacht.

Was jetzt aus unserer Sicht folgen muss, ist auch eine Investitionsoffensive für den ÖPNV. Wer mit offenen Augen durch unser Land und vor allem durch unsere Städte fährt, der wird feststellen, dass wir es immer häufiger mit chaotischen Verkehrsverhältnissen und überlasteten Straßen zu tun haben. Die Oberbürgermeister einiger größerer Städte haben sich auch deshalb mit einem offenen Brief an die Regierung gewandt, weil sie dringend mehr Landesunterstützung für den ÖPNV brauchen. Auch hier ist der Haushaltsentwurf allerdings eine einzige Enttäuschung. Als SPD-Fraktion werden wir hier einen deutlichen Akzent setzen. **Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, damit der Verkehr besser läuft als er es derzeit tut.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auch deshalb mit dem Auto zur Arbeit unterwegs, weil sie sich das Wohnen in vielen Städten unseres Landes kaum noch leisten können. In Stuttgart verlassen so viele Familien mit Kindern die Stadt wie seit 20 Jahren nicht mehr; häufig, weil sie sich eine Wohnung auch mit ordentlichem Einkommen kaum noch leisten können.

Frau Hoffmeister-Kraut, Sie verantworten die Wohnungspolitik im Land. Sie haben eine Initiative von Nils Schmid fortgesetzt und die Gespräche in der Wohnraum-Allianz fortgeführt. Das fanden wir zunächst einmal gut. Wir fanden es auch gut, dass Sie zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau angekündigt hatten. Wir waren vielleicht ein bisschen naiv; wir dachten, Sie sprechen von Landesmitteln. In Wirklichkeit reichen Sie nicht einmal die vollen zusätzlichen Mittel des Bundes weiter.

Der eigentliche Hammer ist aber, dass Sie die Wohnraum-Allianz binnen kürzester Frist fast an die Wand gefahren haben. Welchen Sinn machen denn Gespräche mit Experten, wenn Sie deren Meinung bei einem bedeutenden Thema wie der mittelbaren Belegung von Sozialmietwohnungen einfach ignorieren? Mit sieben zu zwei Stimmen haben sich die Experten in der Wohnraum-Allianz gegen das Infragestellen der mittelbaren Belegung ausgesprochen. Und was machen Sie? Sie stellen die mittelbare Belegung in Frage, mit der Städte und kommunale Wohnungsunternehmen eine gute soziale Mischung in Stadtquartieren sicherstellen können. Sie konterkarieren den sozialen Mietwohnungsbau und sorgen dafür, dass die Wohnungsbaugesellschaften, die endlich wieder mitmachen, hier wieder aussteigen.

Der Stuttgarter OB sieht sein Bündnis für Wohnen in Frage gestellt. Die *Stuttgarter Nachrichten* schreiben „*Ministerium torpediert Wohnbaupläne*“. Das, was Sie dann ansonsten noch so vorschlagen, hat ihr grüner Koalitionspartner gleich abgelehnt. Der *Mannheimer Morgen* zitiert Teilnehmer der Abschlussitzung der Wohnraum-Allianz mit den Worten: „*eine unsägliche Sitzung*“.

Was für ein Fiasko für dieses starke Bundesland, Frau Ministerin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, glauben Sie mir; ich hatte mir vorgenommen, auch Positives zu würdigen. Es ist mir nicht gelungen, im ersten halben Jahr dieser grün-schwarzen Regierung etwas nennenswert Positives oder gar Neues zu entdecken, in dieser sogenannten Komplementärkoalition, die Sie, Herr Kretschmann, ja schon lange angestrebt haben. Aber wir haben bei Ihrer Regierung längst ein Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit. Man kann dies absichtsvoll nennen, manche nennen es einfach Doppelmoral. Die geht so:

**Regieren ist eine Stilfrage plakatieren – aber:
Rekordspenden von Finanzinvestoren kassieren.**

**Transparenz und Zivilgesellschaft versprechen – aber:
Nebenabsprachen und rigoroses grün-schwarzes Postengeschacher leben.**

**Weltoffenheit, Wissenschaft und Innovation in höchsten Tönen preisen – aber:
die Ausländermaut an den Hochschulen einführen.**

Föderalismus hochloben – aber: Städte und Gemeinden im Land abkassieren.

Verantwortung für die Zukunft beanspruchen – aber: die Schuldenbremse abschaffen.

Ich fasse zusammen: mit diesem Haushalt wird getrickst, getarnt und getäuscht. Dieser Haushalt spart an der völlig falschen Stelle: bei der Bildung und bei den Kommunen. Die Politik von Grün-Schwarz wird unserem starken Land nicht gerecht!